

Gesetzentwurf

der Fraktion der SPD

Entwurf eines Gesetzes zur Aufnahme von Kultur und Sport in das Grundgesetz

A. Problem

Kultur und Sport sind wesentliche Elemente unserer Gesellschaft. Die Bedeutung von Kultur und Sport findet im Grundgesetz – im Gegensatz zu zahlreichen Länderverfassungen – keinen entsprechenden Ausdruck.

B. Lösung

Erweiterung von Artikel 20a des Grundgesetzes um die Staatsziele Kultur und Sport.

C. Alternativen

Beibehaltung des geltenden Rechts.

D. Kosten

Keine.

Entwurf eines Gesetzes zur Aufnahme von Kultur und Sport in das Grundgesetz

Vom ...

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen; Artikel 79 Absatz 2 des Grundgesetzes ist eingehalten:

Artikel 1

Änderung des Grundgesetzes

Dem Artikel 20a des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 100-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 11. Juli 2012 (BGBl. I S. 1478) geändert worden ist, wird folgender Satz angefügt:

„Er schützt und fördert ebenso die Kultur und den Sport.“

Artikel 2

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 11. September 2012

Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion

Begründung

Zu Artikel 1 (Änderung des Grundgesetzes)

I. Kultur

Kultur ist ein grundlegender Bestandteil unseres Zusammenlebens. Kultur stiftet Identität und besitzt politische Integrationskraft. Sie nimmt einen wichtigen Stellenwert innerhalb unserer Gesellschaft ein. Kultur ist gleichermaßen Ausdruck wie Voraussetzung von Freiheit. Diese Freiheit von Kunst und Kultur und ihren Eigenwert gilt es zu garantieren und zu schützen. Kulturelle Ausdrucksformen, ihre Doppelnatur als Ware und als Träger von Wertvorstellungen und Identitäten und die Vielfalt kultureller Inhalte können nur dann wirksam geschützt werden, wenn es eine öffentliche Verantwortung dafür gibt. Die gesamtgesellschaftliche Bedeutung der Kultur belegen folgende Zahlen beispielhaft: 2010 wurden mehr als 10 500 Bibliotheken von 205 Millionen Menschen besucht, in der Spielzeit 2009/2010 haben 31,5 Millionen Menschen Theater und Orchester und 2011 knapp 127 Millionen Menschen Kinos besucht.

Der Schutz und die Förderung von Kultur werden in fast allen Ländern der Bundesrepublik verfassungsrechtlich bestimmt. Auf europäischer Ebene wird mit Artikel 167 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) die große Bedeutung von Kultur für Europa festgeschrieben. Bereits im Einigungsvertrag wurde die Bedeutung der Belange der Kultur in Artikel 35 ausdrücklich betont, das vereinte Deutschland als „Kulturstaat“ bezeichnet und bestimmt, dass die Erfüllung der kulturellen Aufgaben einschließlich ihrer Finanzierung zu sichern sei. Die bisherige Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts leitet aus der in Artikel 5 Absatz 3 des Grundgesetzes (GG) definierten Kunst- und Wissenschaftsfreiheit als so genannte objektive Wertentscheidung die Förder- und Schutzpflicht des Staates für die Kultur ab. Eine ausdrückliche verfassungsrechtliche Grundlage für das kulturelle Engagement des Staates besteht jedoch nicht und bleibt in der Ausgestaltung den einzelnen staatlichen Organen überlassen.

Das Grundgesetz enthält neben den Staatsstrukturprinzipien, die Deutschland als demokratischen Sozialstaat und Rechtsstaat definieren, auch Staatszielbestimmungen, die den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und der Tiere garantieren – allesamt materielle Bedingungen als Mindestvoraussetzungen für ein menschliches Dasein. Menschen besitzen über die natürlichen Lebensressourcen hinaus ein Grundbedürfnis an Kultur. Kultur als das sinnstiftende Gut macht den Menschen erst zu dem was er ist. Die geistig-ideelle Dimension als eine Lebensgrundlage des Menschen wird in der deutschen Verfassung bisher als Staatsziel nicht definiert.

Die Aufnahme von Kultur als Staatsziel im Grundgesetz unterstreicht die Bedeutung von Kultur für unsere Gesellschaft und stärkt die kulturellen Belange durch ihren Verfassungsrang in politischen und juristischen Abwägungsprozessen. Das Grundgesetz schützt damit nicht nur die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen (Artikel 20a GG), sondern auch die geistig-ideellen Lebensgrundlagen.

II. Sport

Sport hat eine herausragende gesellschaftspolitische Bedeutung und stellt die größte Bürgerbewegung Deutschlands dar. Mit mehr als 27 Millionen Mitgliedschaften in 90 000 Vereinen ist Sport quer durch alle Teile der Bevölkerung ein wichtiger Bereich des gesellschaftlichen Miteinanders. Rund fünf Millionen Menschen engagieren sich im Sport und leisten mehrere hundert Millionen Stunden ehrenamtlicher Arbeit jährlich.

Insbesondere der Breitensport ist wichtiges Element im individuellen Alltagsgeschehen. Er ist Teil und Ausdruck eines gesunden Lebensstils und ausgezeichnetes Instrument unter anderem in der Integrations- und Bildungsarbeit. Sport und Sportvereine sind bedeutende Sozialisationsinstanzen für Kinder und Jugendliche, sie vermitteln gesamtgesellschaftlich gültige Werte und eröffnen die Möglichkeit, Leistungsfähigkeit zu entwickeln, Grenzen auszuloten und Selbstbewusstsein zu stärken. Gesellschaftliches Engagement und der Dialog zwischen den Kulturen wird durch Sport begünstigt.

Der Spitzensport ist Mittel der nationalen Repräsentanz und trägt wichtige identifikationsstiftende Symbolik.

Allerdings sieht sich der Sport Gefährdungen ausgesetzt. Insbesondere durch Doping oder andere Formen von betrügerischem Handeln im Leistungssport wird die Glaubwürdigkeit des Sports unter Druck gesetzt. Die Rolle des Sports in der Gesellschaft hängt unabdingbar von der Einhaltung und vom Schutz des gesellschaftlich anerkannten Kanons von Moral und Ethik ab.

Die Bedeutung des Sports für das Individuum und die Gesellschaft unterstreichen inzwischen 15 von 16 Landesverfassungen mit der Normierung der Förder- und Schutzpflicht des Sports. In Artikel 165 des AEUV wird die Bedeutung des Sports für Europa ausdrücklich gewürdigt und die Förderung des Sports als ein Ziel der Union hervorgehoben. Darüber hinaus ist Sport auch Gegenstand anderer europäischer Verfassungen (z. B. Bulgarien, Griechenland, Litauen, Polen, Portugal, Spanien, Schweiz). Das deutsche Grundgesetz hingegen kennt keine vergleichbare Wertschätzung.

Die Aufnahme einer Staatszielbestimmung zugunsten des Sports schreibt den Einigungsvertrag fort, der bereits festlegt, dass die öffentliche Hand den Sport ideell und materiell im Rahmen der grundgesetzlichen Zuständigkeitsverteilung fördert. Eine derartige Fortentwicklung des Grundgesetzes entspricht dem Einigungsvertrag und trägt damit zur Integration und Identifikation aller Deutschen bei.

Die grundgesetzliche Absicherung des Sports beseitigt das Heranziehen verfassungsrechtlicher Hilfsbegründungen.

Zu Artikel 2 (Inkrafttreten)

Die Vorschrift regelt das Inkrafttreten des Gesetzes.

